Bundesgesetzblatt

Teil II — Z 1998 A

1974	Ausgegeben zu Bonn am 28. September 1974	Nr. 56

Tag	Inhalt	Seite

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Weltorganisation für Meteorologie

Vom 2. August 1974

Das Übereinkommen vom 11. Oktober 1947 über die Weltorganisation für Meteorologie in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 18) ist nach seinem Artikel 3 Buchstabe c für die

Deutsche Demokratische Republik	am	22. Juni 1973

in Kraft getreten.

Das Übereinkommen ist ferner in Kraft getreten für

Albanien	am	28. August 1957
Bahamas	am	29. Dezember 1973
Bangladesch	am	23. September 1973
Liberia	am	9. März 1974

China hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde zu Artikel 29 des Übereinkommens die nachfolgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„The Chinese Government will not be bound by any award of arbitration on any question or dispute concerning the interpretation or application of the

„Die chinesische Regierung wird durch einen Schiedsspruch betreffend eine Frage oder Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des Über-

Convention referred to arbitration without the consent of the Chinese Government."

einkommens, die ohne Zustimmung der chinesischen Regierung einem Schiedsverfahren unterworfen wurde, nicht gebunden sein."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. Juli 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1014) und 25. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 987).

Bonn, den 2. August 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Sachs

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
In Vertretung
Dr. Morgenstern

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Obervolta über Kapitalhilfe

Vom 27. August 1974

In Ouagadougou ist am 18. Juli 1974 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Obervolta über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 18. Juli 1974

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. August 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Ehmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Obervolta über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Obervolta

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Obervolta,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Obervolta beizutragen, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Obervolta bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Einfuhr von Waren zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Warenliste und damit zusammenhängenden Leistungen ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt acht Millionen (in Worten) Deutsche Mark aufzunehmen. Es muß sich hier um Lieferungen handeln, für die die Lieferverträge nach dem 1. Oktober 1973 abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen der Regierung der Republik Obervolta und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Obervolta stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Obervolta erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Obervolta überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Obervolta innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Ouagadougou, am 18. Juli 1974 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Vergau
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung
der Republik Obervolta
Le chef de bataillon
Saye Zerbo
Ministre des Affaires Etrangères

Anlage zu dem Abkommen
vom 18. Juli 1974
über Kapitalhilfe

Liste der Waren, die die Republik Obervolta gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Regierungsabkommens vom 18. Juli 1974 bis zur Höhe von 8 Mio DM (in Worten: acht Millionen Deutsche Mark) als Warenhilfe beziehen kann:

a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,

b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,

c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,

d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,

e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die wirtschaftliche Entwicklung Obervoltas von Bedeutung sind.

Einfuhren gemäß der obigen Liste sollen eine möglichst große Anzahl von Warenarten umfassen. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt.

Die Einfuhr von Luxus- und Verbrauchsgütern und aller Güter, die der militärischen Ausrüstung dienen, ist von der Finanzierung aus der Warenhilfe ausgeschlossen.

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Kapitalhilfe

Vom 27. August 1974

In Bamako ist am 27. Juli 1974 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 27. Juli 1974

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. August 1974

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Ehmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Mali

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der malischen Wirtschaft beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Mali bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main,

a) für das Vorhaben „Ölmühle und Wasserversorgung Kita" ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt vierzehn Millionen neunhundertzwanzigtausend Deutsche Mark,

b) für das Vorhaben „Wasserversorgung Kati" ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt fünf Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark,

c) für das Vorhaben „Wasserversorgung Ségou" ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt sechs Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark,

aufzunehmen, wenn nach Prüfung ihre Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe a bis c bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen der Regierung der Republik Mali und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Mali stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Mali erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Mali überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Mali innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Bamako, am 27. Juli 1974 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
von Stülpnagel

Für die Regierung der Republik Mali
Diawara

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken

Vom 29. August 1974

Das in Genf am 7. September 1956 unterzeichnete Zusatzübereinkommen über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 203) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für die

Deutsche Demokratische Republik	am 16. Juli 1974

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 73).

Bonn, den 29. August 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Gehlhoff

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
In Vertretung des Staatssekretärs
Weichert

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst

Vom 12. September 1974

Die in Brüssel am 26. Juni 1948 beschlossene Fassung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1213) ist nach ihrem Artikel 25 Abs. 3 für die

Niederlande	am 7. Januar 1973

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. August 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 1163).

Bonn, den 12. September 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Dreher

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über das Einlaufen von Reaktorschiffen in brasilianische Gewässer und ihren Aufenthalt in brasilianischen Häfen

Vom 16. September 1974

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 13. Mai 1974 zu dem Vertrag vom 7. Juni 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über das Einlaufen von Reaktorschiffen in brasilianische Gewässer und ihren Aufenthalt in brasilianischen Häfen (Bundesgesetzblatt 1974 II S. 685) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2

am 4. September 1974

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind am 4. September 1974 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 16. September 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Dreher

Bekanntmachung des Zusatzabkommens zum Vertrag vom 21. September 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Kriegsopferversorgung

Vom 17. September 1974

In Bonn ist am 5. Dezember 1973 ein Zusatzabkommen zum Vertrag vom 21. September 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Kriegsopferversorgung (Bundesgesetzbl. 1964 II S. 455) unterzeichnet worden. Das Zusatzabkommen tritt nach seinem Artikel 10 Abs. 2

am 1. Oktober 1974

in Kraft; es wird nachstehend veröffentlicht.

Die Ratifikationsurkunden sind in Brüssel am 9. September 1974 ausgetauscht worden.

Bonn, den 17. September 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Dreher

Zusatzabkommen zum Vertrag vom 21. September 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Kriegsopferversorgung

Accord additionnel au Traité du 21 septembre 1962 entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique relatif à l'indemnisation de victimes de la guerre

Aanvullend Akkoord bij het Verdrag van 21 september 1962 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België over de vergoeding van oorlogsslachtoffers

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Belgien,

von dem Wunsch geleitet, aus dem Vertrag vom 21. September 1962 über Kriegsopferversorgung — im folgenden Vertrag genannt — sich ergebende Fragen einer abschließenden Regelung zuzuführen,

sind übereingekommen, das nachstehende Zusatzabkommen zu schließen:

Artikel 1

(1) Kriegsopfer aus den während des Krieges 1940 bis 1945 der deutschen innerstaatlichen Gesetzgebung unterstellten belgischen Gebieten, die

a) zwangsweise militärähnlichen Dienst im Sinne des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) geleistet haben und während und infolge dieser Verpflichtung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, oder

b) Hinterbliebene eines an den Folgen einer solchen gesundheitlichen Schädigung verstorbenen Beschädigten sind,

und die unter die Rechtsvorschriften des Königreichs Belgien über Entschädigungsrenten für zivile Opfer des Krieges 1940 bis 1945 und ihre Hinterbliebenen fallen, stehen mit Wirkung vom 1. Januar 1972 den in Artikel 1 des Vertrages genannten Personen gleich.

La République fédérale d'Allemagne
et
le Royaume de Belgique

Désireux de régler définitivement les questions résultant du Traité du 21 septembre 1962 relatif à l'indemnisation de victimes de la guerre — ci-après dénommé le Traité —

sont convenus de conclure l'Accord additionnel ci-après:

Article 1

(1) Les victimes de guerre des régions belges soumises à la législation interne allemande pendant la guerre 1940—1945

a) qui ont exercé par contrainte une activité assimilée au service militaire au sens de la loi allemande sur les pensions aux victimes de guerre (Bundesversorgungsgesetz) et qui ont subi un dommage physique pendant cette activité forcée et à cause d'elle, ou

b) qui sont les ayants droit d'une personne décédée des suites d'un tel dommage,

et qui tombent sous l'application de la législation du Royaume de Belgique sur les pensions de dédommagement aux victimes civiles de la guerre 1940—1945 et à leurs ayants droit, sont assimilées, avec effet au 1er janvier 1972, aux personnes visées à l'article 1 du Traité.

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk België

Geleid door de wens een definitieve regeling te treffen voor de kwesties voortvloeiend uit het Verdrag van 21 september 1962 over de vergoeding van oorlogsslachtoffers — verder Verdrag genoemd —

zijn overeengekomen het onderstaand aanvullend Akkoord te sluiten:

Artikel 1

(1) Oorlogsslachtoffers uit de tijdens de oorlog 1940—1945 aan de Duitse interne wetgeving onderworpen Belgische gebieden, die

a) gedwongen paramilitaire dienst in de zin van de Duitse wet op de vergoeding van de oorlogsslachtoffers (Bundesversorgungsgesetz) volbracht hebben en tijdens en door die dienst lichamelijke schaden hebben geleden, of

b) rechthebbenden zijn van een slachtoffer overleden aan de gevolgen van een zodanige schade

en op wie de wetgeving van het Koninkrijk België betreffende de schadeloosstellingspensioenen voor burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940—1945 en hun rechthebbenden van toepassing is, worden met ingang van 1 januari 1972 gelijkgesteld met de personen vermeld in artikel 1 van het Verdrag.

(2) Den in Artikel 1 des Vertrages genannten Personen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1972 ferner die dort bezeichneten Kriegsopfer gleichgestellt, die erst nach dem 30. Juni 1962 in die Rechtsvorschriften des Königreichs Belgien über Entschädigungsrenten für zivile Opfer des Krieges 1940 bis 1945 und ihre Hinterbliebenen einbezogen worden sind oder einbezogen werden.

Artikel 2

Das Königreich Belgien wendet seine Rechtsvorschriften über Entschädigungsrenten für zivile Opfer des Krieges 1940 bis 1945 und ihre Hinterbliebenen in der jeweils geltenden Fassung auf die in Artikel 1 dieses Zusatzabkommens bezeichneten Personen an.

Artikel 3

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt dem Königreich Belgien für die in Artikel 1 des Vertrages und für die in Artikel 1 dieses Zusatzabkommens bezeichneten Personen einen Betrag von insgesamt 13,5 Millionen Deutsche Mark nach Maßgabe des Artikels 4.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den in Artikel 3 genannten Betrag in zwei Raten. Die erste Rate in Höhe von 6 Millionen Deutsche Mark wird innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens, die zweite Rate in Höhe von 7,5 Millionen Deutsche Mark zwei Jahre nach der ersten Zahlung fällig.

Artikel 5

Das Königreich Belgien verwendet den ihm von der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 3 zur Verfügung gestellten Betrag für die in Artikel 1 des Vertrages und Artikel 1 dieses Zusatzabkommens bezeichneten Personen nach Maßgabe des Artikels 6 des Vertrages mit den sich aus Artikel 6 dieses Zusatzabkommens ergebenden Abweichungen.

Artikel 6

(1) Das Königreich Belgien wird Personen, die unter den Vertrag und dieses Zusatzabkommen fallen, vom 1. Januar 1972 an Entschädigungen in Höhe des jeweils bestehenden Unterschiedes gewähren, der zwischen den Renten und Zulagen auf Grund des Artikels 2 dieses Zusatzabkommens einerseits und andererseits den Beträgen der Renten und Zulagen besteht, die sich nach den belgischen Rechtsvorschriften über die Renten für militärische Opfer des Krieges 1940 bis 1945 (loi sur les pensions de répara-

(2) Sont également assimilées aux personnes mentionnées à l'article 1 du Traité, avec effet au 1er janvier 1972, les victimes de guerre qui y sont visées et qui ne sont ou ne seront soumises à la législation du Royaume de Belgique sur les pensions de dédommagement aux victimes civiles de la guerre 1940—1945 et à leurs ayants droit, qu'après le 30 juin 1962.

Article 2

Le Royaume de Belgique applique aux personnes visées à l'article 1 du présent Accord additionnel, conformément à la législation en vigueur, ses dispositions légales relatives aux pensions de dédommagement aux victimes civiles de la guerre 1940—1945 et à leurs ayants droit.

Article 3

La République fédérale d'Allemagne verse au Royaume de Belgique, pour les personnes visées à l'article 1 du Traité et celles visées à l'article 1 du présent Accord additionnel, une somme globale de 13,5 millions de Deutsche Mark, selon les modalités déterminées à l'article 4.

Article 4

La République fédérale d'Allemagne verse la somme visée à l'article 3 en deux tranches. La première tranche d'un montant de 6 millions de Deutsche Mark sera versée dans les trois mois à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord additionnel, la seconde tranche de 7,5 millions de Deutsche Mark deux ans après le versement de la première.

Article 5

Le Royaume de Belgique affecte la somme mise à sa disposition par la République fédérale d'Allemagne en vertu de l'article 3 aux personnes visées à l'article 1 du Traité et à l'article 1 du présent Accord additionnel conformément aux modalités prévues à l'article 6 du Traité, sous réserve des dérogations résultant de l'article 6 du présent Accord additionnel.

Article 6

(1) A partir du 1er janvier 1972, le Royaume de Belgique versera aux personnes auxquelles s'appliquent le Traité et le présent Accord additionnel, des indemnités d'un montant équivalent chaque fois à la différence entre les pensions et suppléments résultant de l'application de l'article 2 du présent Accord additionnel d'une part, et d'autre part, le montant des pensions et suppléments qui seraient accordés selon la législation belge sur les pensions aux victimes militaires de la guerre 1940—1945 (loi sur les

(2) Met personen vermeld in artikel. 1 van het Verdrag worden vanaf 1 januari 1972 eveneens gelijkgesteld de aldaar bedoelde oorlogsslachtoffers, die eerst na 30 juni 1962 opgenomen werden of worden in de wetgeving van het Koninkrijk België betreffende de schadeloosstellingspensioenen voor burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940—1945 en hun rechthebbenden.

Artikel 2

Het Koninkrijk België past zijn wetgeving betreffende de schadeloosstellingspensioenen voor burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940—1945 en hun rechthebbenden, telkens zoals ze mocht zijn gewijzigd, toe op de in artikel 1 van dit aanvullend Akkoord vermelde personen.

Artikel 3

De Bondsrepubliek Duitsland betaalt aan het Koninkrijk België voor de in artikel 1 van het Verdrag en voor de in artikel 1 van dit aanvullend Akkoord vermelde personen een bedrag van in totaal 13,5 miljoen Duitse mark op de wijze bepaald in artikel 4.

Artikel 4

De Bondsrepubliek Duitsland voldoet het in artikel 3 genoemde bedrag in twee stortingen. De eerste storting ten bedrage van 6 miljoen Duitse mark is binnen drie maanden te rekenen van het in werking treden van dit aanvullend Akkoord verschuldigd, de tweede storting ten bedrage van 7,5 miljoen Duitse mark twee jaar na de eerste storting.

Artikel 5

Het Koninkrijk België besteedt het bedrag dat de Bondsrepubliek Duitsland overeenkomstig artikel 3 tot zijn beschikking stelt aan de in artikel 1 van het Verdrag en in artikel 1 van dit aanvullend Akkoord vermelde personen op de wijze bepaald in artikel 6 van het Verdrag, rekening houdend met de afwijkingen voortvloeiend uit artikel 6 van dit aanvullend Akkoord.

Artikel 6

(1) Het Koninkrijk België zal, vanaf 1 januari 1972, aan personen die onder het Verdrag en dit aanvullend Akkoord vallen vergoedingen toekennen ten bedrage van de telkens bestaande verschillen tussen de pensioenen en aanvullende uitkeringen voortvloeiend uit de toepassing van artikel 2 van dit aanvullend Akkoord eensdeels en anderdeels de bedragen van de pensioenen en aanvullende uitkeringen toekenbaar op grond van de Belgische wetgeving in zake pensionen voor militaire slachtoffers van de

tion) ergeben würden. Hat am 1. Januar 1972 nach den belgischen Rechtsvorschriften über Entschädigungsrenten für zivile Opfer des Krieges 1940 bis 1945 und ihre Hinterbliebenen ein Anspruch auf Rente nicht bestanden, so gilt diese Regelung von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

(2) Das Königreich Belgien ist berechtigt, die nach dem 30. Juni 1962 eingetretenen und künftige Veränderungen der Verhältnisse bei Personen, die unter die Bestimmungen des Vertrages und dieses Zusatzabkommens fallen, zu berücksichtigen, jedoch frühestens mit Wirkung vom 1. Januar 1972.

(3) Die Entschädigungen für Personen, die unter die Bestimmungen des Vertrages und dieses Zusatzabkommens fallen, werden zum 1. Januar jedes Jahres nach Maßgabe des in diesem Zeitpunkt zwischen dem belgischen Rentensystem für militärische Opfer und dem für zivile Opfer des Krieges 1940 bis 1945 bestehenden Unterschiedes angepaßt.

Artikel 7

Sollten die belgischen Rechtsvorschriften über Entschädigungsrenten für zivile Opfer des Krieges 1940 bis 1945 und ihre Hinterbliebenen nach der Unterzeichnung dieses Zusatzabkommens auf weitere Gruppen von Kriegsopfern aus den während des Krieges 1940 bis 1945 der deutschen innerstaatlichen Gesetzgebung unterstellten belgischen Gebieten für anwendbar erklärt werden, wird das Königreich Belgien diese Personen den in Artikel 1 Absatz 1 dieses Zusatzabkommens bezeichneten Kriegsopfern von dem Zeitpunkt an gleichstellen, zu dem ihnen die Rente zusteht.

Artikel 8

(1) Mit den von der Bundesrepublik Deutschland auf Grund des Vertrages und dieses Zusatzabkommens gewährten Leistungen sind alle Forderungen des Königreichs Belgien auf dem Gebiet der Entschädigung für die Opfer des Krieges 1940 bis 1945 und ihre Hinterbliebenen wegen der bezeichneten schädigenden Ereignisse endgültig abgegolten.

(2) Das Königreich Belgien wird die Bundesrepublik Deutschland freistellen, falls diese durch Dritte auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung wegen Entschädigungen der in Absatz 1 genannten Art, für die das Königreich Belgien endgültig abgefunden wurde, in Anspruch genommen werden sollte.

pensions de réparation). Si au 1er janvier 1972, selon la législation belge sur les pensions de dédommagement aux victimes civiles de la guerre 1940—1945 et à leurs ayants droit, aucun droit à pension n'existait, la disposition qui précède s'appliquera à partir du moment où le droit est né.

(2) Le Royaume de Belgique peut tenir compte des changements survenus ou à survenir après le 30 juin 1962 dans la situation des personnes auxquelles sont applicables les dispositions du Traité et celles du présent Accord additionnel, et ce avec effet au plus tôt à partir du 1er janvier 1972.

(3) Les indemnités dues aux beneficiaires du Traité et du présent Accord additionnel seront adaptées au 1er janvier de chaque année en fonction de l'écart réel existant à cette date entre le régime belge des pensions aux victimes militaires et celui aux victimes civiles de la guerre 1940—1945.

Article 7

Au cas où la législation belge sur les pensions de dédommagement aux victimes civiles de la guerre 1940—1945 et à leurs ayants droit était rendue applicable, après la signature du présent Accord additionnel, à d'autres catégories de victimes de guerre des régions qui ont été soumises à la législation interne allemande pendant la guerre 1940—1945, le Royaume de Belgique assimilera les intéressés, à partir de la date où ils ont droit à la pension, aux victimes de guerre visées à l'article 1, paragraphe 1 du présent Accord additionnel.

Article 8

(1) Les versements effectués par la République fédérale d'Allemagne en vertu du Traité et du présent Accord additionnel satisfont définitivement les revendications du Royaume de Belgique en ce qui concerne l'indemnisation des victimes de la guerre 1940—1945 et de leurs ayants droit pour les faits dommageables en question.

(2) Le Royaume de Belgique exonérera la République fédérale d'Allemagne de toute responsabilité au cas où celle-ci ferait l'objet, de la part de tiers, de revendications en matière d'indemnisation des victimes de la guerre au titre de dédommagements visés au paragraphe 1, pour lesquels les revendications du Royaume de Belgique sont définitivement satisfaites.

oorlog 1940—1945 (wet op de vergoedingspensioenen). Wanneer overeenkomstig de Belgische wetgeving betreffende de schadeloosstellingspensioenen voor de burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940—1945 en hun rechthebbenden het pensioenrecht op 1 januari 1972 niet bestaat, wordt de vorenstaande regeling toegepast vanaf het ogenblik waarop het recht ontstaat.

(2) Het Koninkrijk België is ertoe gerechtigd rekening te houden met wijzigingen die na 30 juni 1962 zijn tot stand gekomen of mochten tot stand komen in de toestand van personen op wie de bepalingen van het Verdrag en van dit aanvullend Akkoord van toepassing zijn, doch ten vroegste met ingang van 1 januari 1972.

(3) De vergoedingen toegekend aan personen die onder de bepalingen van het Verdrag en van dit aanvullend Akkoord vallen worden elk jaar op 1 januari aangepast, rekening houdend met het verschil op die datum tussen de Belgische pensioenregeling voor militaire slachtoffers en die voor burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940—1945.

Artikel 7

Indien de Belgische wetgeving betreffende de schadeloosstellingspensioenen voor burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940—1945 en hun rechthebbenden na de ondertekening van dit aanvullend Akkoord zou worden uitgebreid tot andere groepen van oorlogsslachtoffers uit de gebieden die tijdens de oorlog 1940—1945 aan de interne Duitse wetgeving werden onderworpen, zal het Koninkrijk België de belanghebbenden, met ingang van de dag waarop zij pensioengerechtigd worden, gelijkstellen met de in artikel 1, paragraaf 1 van dit aanvullend Akkoord vermelde oorlogsslachtoffers.

Artikel 8

(1) Door de stortingen van de Bondsrepubliek Duitsland ter uitvoering van het Verdrag en van dit aanvullend Akkoord wordt voorgoed voldaan aan alle eisen van het Koninkrijk België op het gebied van de vergoeding van de slachtoffers van de oorlog 1940—1945 en hun rechthebbenden uit hoofde van de genoemde schadelijke feiten.

(2) Het Koninkrijk België zal de Bondsrepubliek Duitsland ontheffen van aansprakelijkheid ingeval zij vanwege derden het voorwerp mocht uitmaken van aanspraken inzake vergoeding van oorlogsslachtoffers wegens de schadeloosstellingen bedoeld in paragraaf 1, waarvoor de aanspraken van het Koninkrijk België definitief zijn voldaan.

Artikel 9

Dieses Zusatzabkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Belgien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

(1) Dieses Zusatzabkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht werden.

(2) Dieses Zusatzabkommen tritt mit dem ersten Tage des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

GESCHEHEN zu Bonn am 5. Dezember 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen verbindlich sind.

Article 9

Le présent Accord additionnel s'appliquera également au Land Berlin, à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne fasse au Gouvernement du Royaume de Belgique une déclaration contraire dans les trois mois à compter de son entrée en vigueur.

Article 10

(1) Le présent Accord additionnel sera ratifié; les instruments de ratification seront échangés à Bruxelles aussitôt que possible.

(2) Le présent Accord additionnel entre en vigueur le premier jour du mois suivant celui au cours duquel les instruments de ratification ont été échangés.

FAIT à Bonn, le 5 décembre 1973, en double exemplaire, en langues allemande, française et néerlandaise, les trois textes faisant également foi.

Artikel 9

Dit aanvullend Akkoord is mede van toepassing op het Land Berlijn, tenzij de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland binnen drie maanden na het in werking treden van dit aanvullend Akkoord aan de Regering van het Koninkrijk België een tegenovergestelde verklaring aflegt.

Artikel 10

(1) Dit aanvullend Akkoord moet worden bekrachtigd; de bekrachtigingsoorkonden moeten zo spoedig mogelijk te Brussel worden uitgewisseld.

(2) Dit aanvullend Akkoord treedt in werking de eerste dag van de maand die volgt op de maand tijdens welke de bekrachtigingsoorkonden worden uitgewisseld.

GEDAAN te Bonn, de 5 december 1973, in twee exemplaren, elk in de Duitse, Franse en Nederlandse taal, ieder van die teksten zijnde gelijkelik authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la
République fédérale d'Allemagne
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Frank

Für das Königreich Belgien
Pour le Royaume de Belgique
Voor het Koninkrijk België
C. Schuurmans

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 283. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. August 1974, ist im Bundesanzeiger Nr. 169 vom 11. September 1974 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen

alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs

sowie Hinweise auf die

Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen

und

auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 169 vom 11. September 1974 kann zum Preis von 0,55 DM (einschl. Versandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger" Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,45 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.